

FDP, Postfach 2113, 8645 Jona

Rapperswil, 27. Januar 2023

Positionspapier zur Behördenorganisation und zur Parlamentsfrage in Rapperswil- Jona

Stand: 31.1.2013

**FDP.Die Liberalen
Rapperswil-Jona**

Ausgangslage

Man sagt, Rapperswil-Jona sei die grösste Stadt der Schweiz ohne Parlament. Bei der Vereinigung der Gemeinden im Jahre 2007 verzichtete das Volk aber bewusst auf die Einführung eines Parlaments und wählte stattdessen den "dritten Weg" mit dem Stadtforum. Seither wurde von verschiedenen Seiten regelmässig der Wechsel zum parlamentarischen System gefordert. Durch die Einführung eines Parlaments versprechen sich dessen Befürworter bessere Entscheide. Überdies genössen Beschlüsse des Parlaments eine höhere demokratische Legitimation, weil an der Bürgerversammlung nur ein geringer Anteil der Bevölkerung teilnehme und auch weil das Stadtforum nicht nach Stimmkraft zusammengesetzt sei.

Nur selten diskutiert wurde in der letzten Zeit die Organisation des Stadtrats. Das heutige System aus zwei Vollzeitstadträten, einer hauptamtlichen Stadträtin mit 80% Arbeitspensum und vier Teilzeitstadträten mit 30% Arbeitspensum, welche sich in einem Ressortsystem organisieren, geht auf die Zeit der Fusion zurück. Insbesondere das Nebeneinander von Teilzeit- und Vollzeit-Stadträten sowie die Diskrepanz, dass Teilzeitstadträte zwar Ressortverantwortung, aber keine Personalverantwortung tragen, ist zu hinterfragen. Auch überprüft werden muss die Aufgabenteilung zwischen Chef-Beamten und Stadträten. Ist es richtig ist, dass Stadträte nach dem Profil von Chefbeamten "rekrutiert" werden müssen, wie dies zuletzt der Fall war?

Die FDP Rapperswil-Jona legt Wert darauf, dass sowohl die Frage über ein Parlament als auch über die Organisation des Stadtrates unter den Aspekten der Effektivität, der Effizienz, der demokratischen Legitimation sowie des Bürgerinteresses geprüft werden – und zwar auf Basis sachlicher Überlegungen und nicht auf Ideologien.

Grundsätze

Die FDP setzt sich für eine Behördenorganisation ein, die...

- **bürgernah ist und die Bevölkerung an der Entscheidungsfindung beteiligt.**
- **kostenoptimiert ihren Aufgaben nachkommt.**
- **für die Bürgerschaft aber auch für Gewerbe und Industrie transparent und nachvollziehbare Entscheide fällt.**
- **möglichst kurze und rasche Entscheidungswege hat.**
- **das Allgemeinwohl gegen Einzelinteressen angemessen abwägt.**
- **die Finanzen kurz-, mittel- und langfristig im Auge behält und mit dem Steuerfuss verantwortungsbewusst umgeht.**

Position zum Stadtparlament

Zweifellos bringt ein Parlament gewisse Vorteile – nicht zuletzt für die Parteien selbst. Parlamente haben aber auch ihre Nachteile und bergen Gefahren. Zudem verändert sich mit dem Wechsel zur indirekten Demokratie das politische Klima grundlegend. Nach gründlicher Abwägung der Vor- und Nachteile lehnt die FDP ein Parlament für Rapperswil-Jona ab und zwar aus folgenden Gründen:

Bürgernähe

Mit der Einführung eines Parlaments müssten Bürgerversammlung und sinnvollerweise auch das Stadtforum abgeschafft werden. Die Fusionsversammlung von April 2007 in der Sporthalle Grünfeld mit rund 800, die Bürgerversammlung von Dezember 2012 mit 615 Teilnehmern sowie etwa das hohe Interesse am Verkehrsforum aber beweisen, dass die direkte Demokratie in unserer Stadt lebt. Ein Parlament würde weite Teile der Bevölkerung sowie Interessengruppen von der politischen Diskussion ausschliessen. Wenn die Bürgerversammlung wegen der angeblich tiefen Beteiligung gleich ganz abgeschafft werden soll, beisst sich die Katze in den Schwanz.

Effizienz

Sachgeschäfte werden im Parlament zuerst in Kommissionen vorbesprochen, bevor sie im Parlament zur Abstimmung gelangen. Dann muss im parlamentarischen Kalender ein Termin gefunden werden. Damit verzögert sich der Entscheidungsfindungsprozess jeweils um mindestens sechs Monate. Zudem beschneidet das Parlament den Stadtrat in seinen Kompetenzen: Verantwortungsdiffusion ist das Resultat. Die FDP bevorzugt für Rapperswil-Jona einen führungsstarken Stadtrat, der effizient entscheidet und zu seinen Entscheidungen steht.

Das liebe Geld

Neben den voraussehbaren unmittelbaren Kosten eines Parlaments wie etwa Sitzungsgelder, Ratsinformationssystem etc. sind die mittelbaren Kosten zu berücksichtigen. Die Erkenntnis ist einfach. Wer passt am besten auf Ihr Geld auf? Sie selber! Noch keine Vorlage ist günstiger aus dem Parlament gekommen, als sie reingegangen ist, sagt der Volksmund zu Recht. Aus anderen Gemeinden hört man Klagen, dass gerade vor den Wahlen die Verwaltung während eines halben Jahres lahm gelegt wird durch parlamentarische Anfragen. Dass die Bürgerversammlung sparen kann, hat sie im Dezember 2012 bewiesen. Und zum berühmten Fussballplatz-Beispiel: Der Stadtparlamentarier, der sich öffentlich gegen eine neue Tschutiwiise stellt, muss erst noch geboren werden.

Der dritte Weg

Rapperswil und Jona verzichteten bei der Fusion bewusst auf ein Parlament. Stattdessen geht die Stadt seither mit dem Stadtforum den sogenannten dritten Weg. Dieser Weg ist fortzusetzen und eröffnet – denke man nur an die neuen Medien – spannende Perspektiven der demokratischen Partizipation.

Position

Die FDP lehnt ein Parlament für Rapperswil-Jona ab, weil

- die direkte Demokratie gefördert, nicht abgeschafft werden soll.
- ein Parlament mehr kostet und Entscheide verteuert.
- nur kurze und schnelle Entscheidungswege eine Stadt dynamisch machen.
- in der Politik genug "parliert" wird; was es braucht sind Stadträte, die entscheiden.

Position zur Behördenorganisation

Die Zusammensetzung des Stadtrats mit sieben Mitgliedern hat sich bewährt. Durchgefallen sind dafür das Ressort-System und das durcheinander von voll-, haupt- und nebenamtlichen Stadträten. Die FDP verlangt deshalb einen Stadtrat mit drei vollamtlichen und vier nebenamtlichen Stadträten, wobei die vollamtlichen je einem Departement vorstehen und die Personalverantwortung tragen.

Keine halben Stadträte

Die Teilzeitstadträte haben im heutigen Ressort-System im Normalfall einen Chef-Beamten, der direkt an sie rapportiert. Ihnen fehlt aber die Personalverantwortung, um in ihrem Ressort selber Massnahmen ergreifen zu können. Für Anweisungen sind die voll- bzw. hauptamtlichen Stadträte zuständig. Da diese praktisch jeden Tag im Stadthaus sind, kennen sie sich meistens sowieso besser in den Ressorts der anderen aus. Die Verantwortung tragen sie aber nicht. Diese Diskrepanz ist zu beheben und die Ressorts den Teilzeitstadträten wegzunehmen und zu Departementen zusammenzufassen, denen die Vollzeitstadträte vorstehen. Dadurch wird auch die Position der Chefbeamten gestärkt, denn Stadträte sollen in erster Linie Führungspersonen und Politiker sein – und erst in zweiter Linie Fachspezialisten.

Vier Teilzeitstadträte für Strategie und demokratische Legitimation

Teilzeitstadträte sollen sich nicht im operativen Geschäft verlieren, sondern über die grundsätzlichen Fragen entscheiden. Wenn sie kein eigenes Ressort zu verantworten haben, ist auch die Gefahr des Gärtchendenkens à la "leben und leben lassen" minimiert. So können sie ihre Hauptaufgabe, uns Bürger zu vertreten, wirkungsvoll wahrnehmen. Als Milizpolitiker können sie ihre Erfahrungen aber dennoch in Fachgruppen einbringen. In solche Fachgruppen sind aber auch andere Bürger mit Spezialkenntnissen einzuladen. Das Departementalsystem erlaubt auch eine klarere Abgrenzung der Kompetenzen unter den einzelnen Exekutivmitgliedern. Die Aufteilung der Departemente soll aber wie bis anhin intern erfolgen.

Insgesamt keine Erhöhung der Pensen

Drei Vollzeitstadträte sind genug für Rapperswil-Jona. Im Sinne der Professionalisierung sollen sie aber zu 100% arbeiten. Die Teilzeitstadträte sollen in Zukunft nur eine kleine Grundpauschale erhalten, ansonsten aber nach Aufwand entschädigt werden, insbesondere durch Sitzungsgelder. Insgesamt ergibt sich so trotz Aufstockung des hauptamtlichen zu einem vollamtlichen Mandat um 20% keine Pensenerhöhung. Durch die Reduktion des zeitlichen Aufwands soll das Amt des nebenamtlichen Stadtrats attraktiver werden. Im Sinne der Bürgerpartizipation sollen so mehr Personen theoretisch die Möglichkeit erhalten, dieses Amt neben ihrer normalen Tätigkeit auszuüben.

Position

Die FDP verlangt einen Stadtrat mit drei vollamtlichen Stadträten mit je einem Departement sowie vier Teilzeitstadträten, die nach Aufwand entschädigt werden, weil

- **drei Vollzeitstadträte genug sind.**
- **klarere Kompetenzen geschaffen werden sollen.**
- **Teilzeitstadträte ohne eigenes Ressort unabhängiger und kritischer sein können.**
- **bessere Vereinbarkeit zwischen Beruf, Familie und Teilzeitstadtrat eine grössere Auswahl für die Bürger verspricht.**